

Abhandlungen



Samuel Zogg*

Zwangsvollstreckungsrechtliche Behandlung von Kryptowährungen

Fällt ein Verwahrer von Kryptowährungen in Konkurs oder werden bei einem Schuldner Kryptowährungen gepfändet, so stellt sich die Frage, ob und inwiefern Drittsprecher (z.B. Kunden eines konkursiten Wallet Providers) sich gegen eine Verwertung «ihrer» Werteinheiten wehren und diese herausverlangen können. Diese Frage wird sowohl unter (noch) geltendem Recht als auch mit Blick auf den nunmehr vorliegenden DLT-Entwurf des Bundesrates untersucht.

Inhaltsübersicht

I. Einleitung

II. Funktionsweise kryptobasierter Zahlungssysteme

III. Verwahrungsformen

IV. Zivilrechtliche Einordnung von Kryptowährungen und Schutz des Inhabers

V. Konzept der Vorteilszuständigkeit

1. Begriff
2. Übergang der Vorteilszuständigkeit durch Übertragung von Kryptowährungseinheiten in ein anderes Konto
3. Vorteilszuständigkeit als unmittelbare Folge der Kontoinhaberschaft

VI. Kryptowährungen in der Zwangsvollstreckung

1. Kryptowährungen des Schuldners als Teil der Vollstreckungsmasse
2. Vollstreckungsbeschluss und Geltendmachung von Drittsprüchen im Allgemeinen
3. Geltendmachung von Drittsprüchen an Kryptowährungen

VII. Ergebnis und Gesetzesrevision

I. Einleitung

MtGox Co. Ltd., eine nach japanischem Recht organisierte Gesellschaft, betrieb eine Bitcoin-Tauschplattform, über die im Jahre 2013 und Anfang 2014 noch über 70% des weltweiten Bitcoin-Handelsvolumens abgewickelt wurden.¹ Die Gesellschaft stellte einerseits eine Software zur Verfügung, die Käufer und Verkäufer von Bitcoins zusammenbrachte. Andererseits bewahrte sie die Bitcoins ihrer Kunden...

Dieses Dokument ist für Abonnenten oder Pay-per-Document-Kunden zugänglich.

Abonnieren ↗

Kaufen ↗

🔑 Login